

Der Briefetal-Bote erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Abonnementspreis beträgt für das Quartal 1.20 Mark, monatlich 40 Pfg. Einzelne Nummern 5 Pfg. Nach auswärts Portozuschlag. **LS**

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in P.R. Neumanns Buchdruckerei und Papierhandlung und von allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Die sechsgepaltenen Preiszettel kostet 15 Pfennig, die Restzettel 30 Pfennig. **LS LS**

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen-Neuendorf, Borgsdorf, Briefe, Lehniß, Stolpe



für Hoffjagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend

Telephon: Amt Birkenwerder Nr. 5

Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für den Amtsbezirk Birkenwerder.

Nr. 104. Sonnabend, den 3. September 1910 9. Jahrg.

Die heutige Nummer enthält die illustrierte Wochenchrift „Jedem etwas“ und eine Beilage.

Die Annahmestelle der Kreispostkasse befindet sich Hauptstraße 45.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 144 Absatz 2 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 bestimme ich unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs, daß die von dem Amtsvorsteher in Birkenwerder zu erlassenden ortspolizeilichen Verordnungen ihrem ganzen Inhalte nach in dem im Verlage von Paul Richard Neumann in Birkenwerder erscheinenden „Briefetal-Bote“ aufzunehmen sind, und daß hiervon deren Gültigkeit abhängen soll.

Im übrigen verbleibt es bei den Bestimmungen meiner Verordnung vom 25. Juni 1886 (Beilage zum 28. Stück des Amtsblattes).

Potsdam, den 1. Juni 1908.

Der Regierungs-Präsident.

Veröffentlicht.

Berlin, den 8. Juli 1908.

Der Landrat.

J. A. Maubach, Regierungsassessor.

Bekanntmachung.

Die Stolperstraße in Hohen-Neuendorf wird für Lastfuhrwerk wieder freigegeben.

Birkenwerder, den 26. August 1910.

Der Amtsvorsteher. Kühn.

Bekanntmachung.

Verloren am 27. v. Mts. in der Hauptstraße in Birkenwerder ein Schirm.

Birkenwerder, den 1. September 1910.

Der Amtsvorsteher. Kühn.

Bekanntmachung.

Das von dem Glasermeister Kitt hier bewohnte Hausgrundstück Havelstraße 68, soll vom 1. Oktober cr. ab anderweit, getrennt in 2 Wohnungen, bestehend aus je 1 Stube, Kammer und Küche sowie Stallung, Waschküche, Boden- und Hofraum, vermietet werden. Respektanten wollen Angebote bis zum 4. September cr. einreichen.

Birkenwerder, den 28. August 1910.

Der Gemeindevorsteher. Kühn.

Hohen-Neuendorf.

Bekanntmachung.

Der von dem Gemeindevorstand zu Hohen-Neuendorf im Einverständnis mit der Gemeinde-Vertretung und unter Zustimmung der Ortspolizeibehörde festgesetzte Bebauungsplan für den westlichen Teil der Gemarkung Hohen-Neuendorf liegt in der Zeit vom

31. August bis 29. September d. Js.

im Gemeindebüro zu jedermanns Einsicht offen.

Einwendungen gegen den Plan sind innerhalb einer Frist von 4 Wochen, vom ersten Tage der Auslegung ab gerechnet, bei dem Gemeindevorstande anzubringen. Diese Frist ist präklusivischer Natur und können nach Ablauf derselben erhobene Einwendungen nicht berücksichtigt werden.

Hohen-Neuendorf, den 24. August 1910.

Der Gemeindevorstand. Wildberg.

Die Rassenfrage in Ostafrika.

Der englische Handelsminister Winston Spencer Churchill, der vor einiger Zeit als Gast unseres Kaisers in Deutschland weilte, erörterte kürzlich in einem interessanten Aufsatz der Zeitschrift „Nord und Süd“ das Rassenproblem in Ostafrika. Diese wichtigen Fragen, die ja auch für unsere Kolonien von großer Bedeutung sind, haben sich Churchill während seiner letzten großen afrikanischen Reise besonders stark aufgedrängt. Daß je aus Ostafrika „ein Land der Weißen“ werden könne, wie es wohl hier und da verlangt wird, erscheint ihm unmöglich. Die Gebiete werden stets nur mit Hilfe der Eingeborenen kultiviert werden können. Nicht der schwarze Mann, sondern der braune Mann ist der Rivale des Europäers. Für England besteht die Gefahr eines Immer-stärker-Werdens des asiatischen Elements in den afrikanischen Kolonien. „Eine große Armee afrikanischer Arbeiter, von Indern oder Chinesen geleitet, und unter der Führung einiger Menschen von verschiedener Nationalität, die mit internationalem Kapital arbeiten, — das ist der Alp, der heute die weiße Bevölkerung von Südafrika bedrückt und gegen welchen sich die zurzeit in Ostafrika lebenden Weißen auflehnen.“

Eine wenn auch nicht absolut genügende, so doch praktische Lösung dieses Problems sucht Churchill darin, daß er die Verwendbarkeit des Afrikaners selbst für alle Kulturarbeit betont. Es sind in einem viel größeren Maße unternehmungslustig, als man annimmt. Sie lernen willig und lassen sich vorwärts teilen. Wie stark, wie gutzuhig, wie klug sie sind! Und wie stolz sind die weißen Offiziere auf sie! Welche Mühe geben sie sich, den Reisenden, den sie begleiten, zufriedenzustellen, und wie offen sie ihre Freude bei einem Wort des Dankes der Anerkennung zeigen! Man sieht also: gerechte und sorgfältige Erziehung, sympathisches Verhalten ihrer Eigenart ist alles, was notwendig ist, um einen großen Teil der afrikanischen Völkerjämme aus eine höhere kulturelle Basis zu stellen!“

Eine Einwanderung zahlreicher weißer Arbeiter würde schon für das Ansehen der weißen Rasse von größtem Nachteil sein. „Es wird niemals guttun, eine große Zahl von arbeitsfähigen Weißen in diesem Lande zu haben,“ sagt Churchill, ein guter Kenner der Verhältnisse. „Sie würden die Achtung der Eingeborenen vor den Weißen zerstören, sobald diese sehen, wie bewaunerte Menschen wir zu Hause haben.“ Aber die klimatischen Verhältnisse des Hochlandes von Ostafrika sehen solchen Projekten noch ein viel größeres Hemmnis entgegen. Wohl überfällt den Reisenden in diesen schönen und weiten Gefilden jene Sensation, die man Landhunger nennt; sie möchten jenes Land mit all seinem mihelosen geernteten Ueberfluß erwerben. „Trotzdem gibt es dort viele, die große, fruchtbare Ackerländer, Berge mit Obstkärgern für wenig oder nichts erworben haben, und die vom Kampf verblüht, nervös, überarbeitet sind. Viele enttäuscht, einige verzweifelt, andere gedrohen. Die ostafrikanische Medaille hat eine rauhe Seite, deren Vorhandensein im Interesse des Auswanderers sowohl als auch des Landes nicht verheimlicht werden darf. Es ist immer noch nicht bewiesen, daß ein Europäer auch nur das Hochland von Ostafrika zu seinem dauernden Wohnsitz machen kann; daß heißt, daß er dort ohne Degeneration fünfzehn bis zwanzig Jahre leben kann, ohne einmal nach seiner Zone zurückzukehren. Es ist noch weniger bewiesen, daß sich dort Familien durch mehrere Generationen hindurch erhalten können. Die frische Luft darf nicht vergessen werden, daß eine Höhe von fünf- bis achttausend Fuß über dem Meeresspiegel ungewöhnliche Wirkungen auf Hirn, Herz und Nerven ausübt.“

Freilich, der Himmel steht bekannt und heimlich mit seinen weißen Kammernölkchen und kurzen Regenschauern aus. Aber die Sonnenstrahlen treffen nichtsoseweniger vertikal auf Mensch und Tier, und wehe dem unbeselbten Weißen! Freilich vermehren sich Schafe und Rindvieh schnell. Freilich zeigen sie in jeder Generation erlaunliche Zuchtfortschritte nach Kreuzung mit importierten Stieren, aber sie sind vielen Gefahren ausgesetzt, die wir heute noch nicht ganz verstehen, die aber oft zu einem tödlichen Ende führen. Und wenn die Landpflanz in den Reisenden die Erinnerung an die friedlichen Schönheiten anderer Klimate erweckt, man vergesse nicht, daß sie giftige Riechstoffe groß zieht, pesterbreitende Insekten und schredliche Raubtiere.“ Die moderne Kultur und Wissenschaft werden gegen diese Gefahren des Landes einen Kampf führen, der sicherlich in vieler Hinsicht siegreich sein wird. Der Aufwieder wird lernen, wie er sich leiden, wie er hausen, wie er pflanzen und züchten muß und was er meiden soll. Unmöglich wird die Erziehungsmöglichkeit leichter und sicherer gemacht werden. „Aber dennoch ist nicht bewiesen, daß die Kinder der Weißen unter einer äquatorialen Sonne

und mehr als 6000 Fuß über dem Meere gedeihen können. Solange man das nicht sicher weiß, muß das „Land der Weißen“ ein Traum bleiben.“

Diese Ausführungen gelten selbstverständlich in erster Linie von den britischen Gebieten Ostafrikas. Inwiefern sie auch auf die deutschen Regionen zutreffen, müssen wir natürlich dahingestellt sein lassen. Deutsche Kenner Ostafrikas werden ebenfalls in vielen Punkten von den Ansichten Churchills ab. Erst kürzlich wurde wieder von einer Seite, die die deutschen Gebiete in Ostafrika kennt, betont, daß eine Befriedelung der Hochplateaus dort sehr wohl möglich ist, und daß sie auch rentabel werden wird, wenn erst moderne Verkehrswege in hinreichender Zahl zu ihnen führen.

Deutschland.

Von einem Schreiben des Kaisers an den Papst ist jetzt in einem Teil der Presse die Rede, ein französisches Blatt glaubt sogar den Wortlaut desselben wiedergeben zu können. Dieses beröhrliche Schriftstück trägt aber so offensichtlich den Stempel der Unschicklichkeit an der Stirn, daß es von vornherein nicht ernst genommen zu werden verdient. Zum Ueberfluß hat noch der „Tag“ bei zuständigen Stellen Erkundigungen eingezoogen und erfahren, daß der Kaiser überhaupt kein derartiges Schreiben an den Papst gerichtet hat.

Die Kronprinzessin wird an der Reise ihres Gemahls nach Aisien teilnehmen. Wie dem „Tag“ zufolge verlautet, wird sie jedoch, während ihr Gatte mit dem Panzerkreuzer „Gneisenau“ die Ausreise unternimmt, sich auf dem Landwege nach Aisien begeben, um dort mit ihrem Gemahl zusammenzutreffen.

Zwei parteiislose Aeußerungen zu den letzten Kaiserreden. Die „Konserb. Korresp.“ bringt an erster Stelle, in Sperrdruck als parteiamtliche Aeußerung gekennzeichnet, eine Erklärung, in der es u. a. heißt: „Wir Konservativen haben keinerlei Anlaß, uns der absälligen Kritik auf der liberalen und demokratischen Seite anzuschließen. Wir sehen eben fest auf monarchischen Boden und können nicht finden, daß der Kaiser und König bei der von tiefem religiösen Sinn und hohem Verantwortungsbewußtsein getragenen Betonung seiner eigenen königlichen Rechte und ihrer Begründung dem Parlamente und dem Volke in deren Rechten zu nahe getreten sei.“

So wie wir Konservativen die Rechte des Volkes stets hochzuhalten gewohnt sind, so wollen wir auch dem Könige geben, was des Königs ist. Wir trennen uns, in unserer Auffassung über die Königsberger Rede durchaus mit den Ansichten des leitenden Staatsmannes und der Staatsregierung übereinzustimmen. Die feste und entschiedene Erklärung des Reichskanzlers, daß er den Kaiser und König gegen willkürliche Auslegungen und übertriebene Verdrehungen stets zu verteidigen gedenkt, wird sicherlich in allen patriotischen Kreisen lebhaften Widerhall finden.“

Auch die „Nationallib. Korresp.“ beschäftigt sich mit den „Königsberger Nachklängen“. Das national-liberale Organ meint im Rückblick auf die Erklärung des Reichskanzlers:

„Herr v. Bethmann Hollweg würde zu einer Erklärung von dieser bestimmten Art nicht schreiten können, wenn er sich nicht zuvor mit der allein kompetenten Stelle in Verbindung gesetzt hätte. Wir haben es danach mit einer authentischen Interpretation zu tun, die respektiert werden muß. Wenn der kaiserliche Redner durch den verantwortlichen Staatsmann befunden läßt, er habe das nicht sagen wollen, was aus der Rede herausgelesen worden ist (und z. T. herausgelesen werden mußte), so ist der Vorfall damit für alle diejenigen abgetan, denen es um den Frieden zwischen Krone und Land ernsthaft zu tun ist. Darüber hinaus aber glauben wir in der Warnturburg des Reichskanzlers unverkennbare Anzeichen dafür zu erblicken, daß es dem Kaiser selbst darum zu tun war, die Mißverständnisse von Königsberg aufzuklären und den eigentlichen Sinn der dortigen Ansprache unzweideutig darzulegen.“

Fabrik und Handwerk. Noch für diesen Herbst sind vom Reichamt des Innern auf Wunsch beteiligter Kreise der Industrie und des Handwerks Verhandlungen über die Frage der Abgrenzung zwischen Fabrik und Handwerk in Aussicht genommen, zu denen außer den beteiligten Ressorts des Reichs und der größten Handwerkskammern auch Vertreter der Handelskammern und Handwerksämtern gezogen werden sollen. Diese Beratungen haben die Aufgabe, festzustellen, ob und auf welche Weise eine klare begriffliche Bestimmung für die Unterscheidung von Fabrik und Handwerk herbeizuführen ist. Die Lösung der ganzen Frage war auf reichsgesetzlicher Grundlage gedacht. Nun hat sich der Deutsche Innungs- und Handwerktag am vergangenen Montag auf mit dieser Angelegenheit beschäftigt und sich dabei auf den Standpunkt gestellt, daß von einer gesetzlichen Regelung kaum große Vorteile zu erwarten sind,